

**TOP:** 11**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-6-2018

**Federführendes Amt** :Bauamt

17.01.2018

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	30.01.2018					
Stadtverordnetenversammlung	01.02.2018					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58)**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Abwägung zu den Einwendungen, Hinweisen und Anregungen zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58), die im Rahmen der Beteiligung zu o.g. Flächennutzungsplanänderung eingegangen sind.

Die Anlage "Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) - Abwägung -" ist Bestandteil des Beschlusses.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
----------	-------------	-----

Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja.....	Nein.....	Enthalt.....
-----------------	---------------	---------	-----------	--------------

Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....
-------------------------	--------------------------------------

eingbracht durch :Bürgermeister  
 Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....  
 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

**Problembeschreibung/Begründung**

Die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden mit der in der Anlage beigefügten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen.

**Anlage**

Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) - Abwägung -.

gez. Susanne Tamms  
Bau- und Ordnungsamtsleiterin

.....

.....

**Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und  
sonstigen Träger öffentlicher Belange zur  
Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche  
Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58)  
- Abwägung -**

**Inhalt**

- 1. Darlegung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Umweltbericht**
  - 1.1 Verfahren zur frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3(1) und 4(1) BauGB
  - 1.2 Verfahren zur Beteiligung zum Entwurf der Bauleitplanungen gemäß §§ 3(2) und 4(2) BauGB
  - 1.3 Zusammenfassung der Auswirkungen der Abwägungen auf die Änderung des Flächennutzungsplanes**
- 2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes**
  - 2.1 Liste der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die mit Anschreiben vom 12.10.2017
    - zum Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" vom Juli 2017 sowie
    - zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) vom Juli 2017 gemäß §4(2) BauGB beteiligt wurden, grundsätzlicher Inhalt der Stellungnahmen
  - 2.2 Abwägung der Anregungen bzw. Hinweise aus den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Flächennutzungsplanes

---

**1. Darlegung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Umweltbericht**

---

**1.1 Frühzeitige Beteiligungen gemäß §§ 3(1) und 4(1) BauGB**

---

Die **frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3(1) BauGB** wurde durch Offenlage folgender Unterlagen in der Zeit vom **15.03.2017 bis zum 18.04.2017** in der Stadtverwaltung Kremmen durchgeführt

**Planunterlagen:**

- **Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58** "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" vom Januar 2017 sowie
- **Vorentwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes** Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) vom Januar 2017

Zur **frühzeitigen Beteiligung gemäß §4(1) BauGB** erhielten die **Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** mit Schreiben vom 01.03.2017 o.g. Planunterlagen zur Unterrichtung entsprechend §3(1) Satz 1, Halbsatz 1 mit der Bitte um Prüfung, inwieweit deren Belange berührt sind.

Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §4(1) BauGB auch zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach §2(4) BauGB aufgefordert. In den Begründungen waren hierzu jeweils auch Vorentwürfe der Umweltberichte enthalten.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zum Vorentwurf des Bauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß §3(1) BauGB wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Es wurden insgesamt 28 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange beteiligt, von denen 23 frühzeitige Stellungnahmen abgaben. Die Stellungnahmen von 10 Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange enthielten Anregungen und Hinweise, zu denen eine Abwägung zur Berücksichtigung im Entwurf der Bauleitplanung erfolgte.

Weitere planungsbezogene nicht abzuwägende Hinweise von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurden in die Begründung der Bauleitplanung übernommen.

## 1.2 Verfahren zur Beteiligung zum Entwurf der Bauleitplanungen gemäß §§ 3(2) und 4(2) BauGB

Auf der Grundlage des Abwägungsbeschlusses zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung wurde der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) vom Juli 2017 mit Begründung einschließlich Umweltbericht erstellt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hatte auf ihrer öffentlichen Sitzung am 14.09.2017 den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) vom Juli 2017 mit Begründung gebilligt und zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB bestimmt.

Die Planunterlagen zur o. g. Änderung des Flächennutzungsplanes lagen zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom **23.10.2017 bis zum 24.11.2017** während der Dienststunden in der Stadtverwaltung Kremmen, Am Markt 1, 16766 Kremmen, Bauamt, Zimmer 209 aus.

Folgende **Planunterlagen** lagen aus:

- **Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"** vom Juli 2017 mit **Begründung** einschließlich **Fachbeitrag Artenschutz** und **Umweltbericht**

- **Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58)** vom Juli 2017 mit **Begründung** einschließlich **Fachbeitrag Artenschutz** und **Umweltbericht**

- **Baugrundgutachten: Geotechnische Bericht** Nr. 016460, Geotechniebüro Dr. Kossow GmbH vom 29.11.2016

In der Bekanntmachung der Offenlage wurde zugleich bekannt gemacht, dass folgende umweltbezogene Informationen verfügbar sind:

Schutzgut	Arten der umweltbezogenen Informationen Es liegen umweltbezogene Informationen zu folgenden Themenblöcken vor:	Unterlage, in der die betreffenden umweltbezogenen Informationen verfügbar sind
Mensch	- vorübergehende Störungen der im Plangebiet vorhandenen Wohnnutzungen während der Bauphase	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht
Boden	- Versiegelung	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht, - umweltbezogene Stellungnahmen
	- keine Bodenverunreinigungen / Altlasten bekannt, - Anforderungen an Abfallentsorgung bei geplantem teilweisem Abbruch beachten	- Begründung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht, - umweltbezogene Stellungnahmen
	-Munitionsbergung	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht, - umweltbezogene Stellungnahme
Wasser	Hohenbrucher Südgraben, Niederschlagsentwässerung	- Begründung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht, - umweltbezogene Stellungnahmen
	Trinkwasser- und Gewässerschutz	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht, - umweltbezogene Stellungnahmen
Klima / Luft	- Keine erheblichen Auswirkungen auf lokales Kleinklima - Klimaschutz	- Begründung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht
Pflanzen	Baumschutz	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht
Tiere / Artenschutz	- - Fledermäuse, Brutvögel, Reptilien (Zauneidechse), Biber, Fischotter; - insbesondere betroffen: Hausrotschwanz, Bachstelze, Graumammer	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht (hier speziell Fachbeitrag Artenschutz), - umweltbezogene Stellungnahmen
Biotope	Biotope und Biotopverbund, Hohenbrucher Südgraben	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht
Orts- und Landschaftsbild	- Erhalt der Hofstruktur, Ersatz des Stallgebäudes durch geplante Neubebauung	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht - umweltbezogene Stellungnahmen

Schutzgut	Arten der umweltbezogenen Informationen Es liegen umweltbezogene Informationen zu folgenden Themenblöcken vor:	Unterlage, in der die betreffenden umweltbezogenen Informationen verfügbar sind
Kultur- und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Baudenkmale oder Bodendenkmale bekannt,</li> <li>- vorhandenes Wohngebäude der Hofbebauung ist ortsbildprägend und bleibt erhalten,</li> <li>- Hofstruktur bleibt erhalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht,</li> <li>- umweltbezogene Stellungnahmen</li> </ul>
	- Leitungsbestände der Ver- und Entsorgungsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht,</li> <li>- umweltbezogene Stellungnahmen</li> </ul>
Schutzgebiete Natur- und Landschaftsschutz	- keine erheblichen Auswirkungen	- Begründung des Bauleitplanes mit Umweltbericht

Während der Auslegungsfrist konnten zur vorliegenden Planung **Stellungnahmen** bei der Stadtverwaltung Krems **abgegeben** werden.

In der Bekanntmachung wurde darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Bauleitplanung unberücksichtigt bleiben können.

Mit Schreiben vom 12.10.2017 wurden die Behörden und sonstigen **Träger öffentlicher Belange** gemäß §4(2) BauGB an der Bauleitplanung beteiligt und gemäß §3(2) BauGB von der öffentlichen Auslegung informiert.

Parallel erfolgte die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" vom Juli 2017 mit Begründung einschließlich Fachbeitrag Artenschutz und Umweltbericht, Fläche der hier vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplanes.

### 1.3 Zusammenfassung der Auswirkungen der Abwägungen auf den Bauleitplan

Im Ergebnis der Abwägung ergeben sich keine Änderungen der geplanten geänderten Darstellungen des Flächennutzungsplanes. Die Begründung wird entsprechend den Abwägungsergebnissen fortgeschrieben.

## 2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes

### 2.1 Liste der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die mit Anschreiben vom 12.10.2017

- zum Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" vom Juli 2017 sowie
- zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) vom Juli 2017 gemäß §4(2) BauGB beteiligt wurden, grundsätzlicher Inhalt der Stellungnahmen

(F - Stellungnahme bezieht sich auf Änderung des Flächennutzungsplanes,

B - Stellungnahme bezieht sich auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplan)

Die Abwägung zu den Stellungnahmen, die sich nur auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplans beziehen, erfolgt gesondert im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum betreffenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

Nr.	Träger öffentlicher Belange		Postanschrift		Ort	Stellungnahme vom ... enthält		Keine Stellungnahme
			Straße /Postfach	PLZ		Zustimmung / Belange nicht berührt	Anregungen/ Hinweise zum Entwurf, die abzuwägen sind	
1.	Amt Lindow (Mark)	Amtsverwaltung	Straße des Friedens 20	16835	Lindow	13.11.2017 (B/F)		
2.	Brandenburgische Boden	Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH	Hauptallee 116/6	15806	Zossen, OT Wündsdorf, GT Waldstadt			x
3.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	Abteilung Praktische Denkmalpflege	Wündsdorfer Platz 4-5	15806	Zossen			x
4.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	Abteilung Bodendenkmalpflege, Gebietsbodendenkmalpflege	Wündsdorfer Platz 4-5	15806	Zossen		17.10.2017 (B/F)	
5.	Deutsche Telekom Technik GmbH			01059	Dresden		07.11.2017 (B) 07.11.2017 (F)	
6.	E.DIS AG, Regionalbereich West	Betrieb Verteilnetze Fläming-Mittelmark (Antwort NBB)	Finkenburger Straße 51-53	14612	Falkensee		17.10.2017 (B/F)	
7.	EMB Energie Mark Brandenburg GmbH		PF 900142	14437	Potsdam		26.10.2017 (B/F)	
8.	Fontanestadt Neuruppin	Stadtverwaltung	Karl-Liebknecht-Str. 33/34	16816	Neuruppin	23.11.2017 (B/F)		
9.	Gemeinde Fehrbellin	Gemeindeverwaltung	Joh.-Seb.-Bach-Str. 6	16833	Fehrbellin	09.11.2017 (B) 09.11.2017 (F)		
10.	Gemeinde Löwenberger Land	Gemeindeverwaltung	Alte Schulstraße 5	16775	Löwenberger Land			x
11.	Gemeinde Oberkrämer	Gemeindeverwaltung	Penwenitzer Weg 2	16727	Oberkrämer, OT Eichstädt	24.10.2017 (B/F)		
12.	Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation	(Für Verbundnetz Gas AG)	Maximilianallee 4	04129	Leipzig		07.11.2017 (B) 07.11.2017 (F)	
13.	Handwerkskammer Potsdam		Charlottenstraße 34 - 36	14467	Potsdam			x
14.	Industrie- und Handelskammer (HK)	Potsdam	Breite Straße 2a - c	14467	Potsdam		23.11.2017 (B/F)	

Nr.	Träger öffentlicher Belange		Postanschrift		Ort	Zustimmung / Belange nicht berührt	Stellungnahme vom ... enthält Anregungen/ Hinweise zum Entwurf, die abzuwägen sind		Keine Stellung- nahme
			Straße /Postfach	PLZ					
15.	Kreisbauernverband Oberhavel	Geschäftsstelle der Bauernverbände Oberhavel/ Barnim e. V.	Lindenstr. 44 a	16559	Liebenwalde				x
16.	Kreishandwerkerschaft Oberhavel		Havelstraße 19	16515	Oranienburg		24.11.2017 (B/F)		
17.	Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)		Lindenallee 51	15366	Dahlwitz-Hoppegarten			17.11.2017 (B) 17.11.2017 (F)	
18.	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg		PF 100933	03009	Cottbus		19.10.2017 (B) 19.10.2017 (F)		
19.	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	Landentwicklung und Flurneuordnung	Fehrbelliner Straße 4e	16816	Neuruppin	07.11.2017 (B) 07.11.2017 (F)			
20.	Landesamt für Soziales und Versorgung		10 01 23	03001	Cottbus				x
21.	Landesamt für Umwelt		PF 601061	14410	Potsdam		16.11.2017 (B) 16.11.2017 (F)		
22.	Landesbauernverband Brandenburg e.V.		Dorfstraße 1	14513	Teltow / Ruhlsdorf				x
23.	Landesbetrieb Straßenwesen		Tramper Chaussee 3, Haus 8	16225	Eberswalde			02.11.2017 (B) 03.11.2017 (F)	
24.	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände		Lindenstraße 34	14467	Potsdam		22.11.2017 (B/F)		
25.	Landesjagdverband e.V.		Saarmunder Str. 35	14552	Michendorf		06.11.2017 (B)		
26.	Landkreis Oberhavel FB Bauordnung und Kataster	FD rechtliche Bauaufsicht/Planung (als Sammelbehörde)	Postfach 10 01 45	16501	Oranienburg		20.11.2017 (B) 10.11.2017 (F)		
27.	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	Postfach 600752	14411	Potsdam			14.11.2017 (B/F)	
28.	OWA GmbH	Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	Potsdamer Straße 32-34	14612	Falkensee		19.10.2017 (B/F)		
29.	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	Regionale Planungsstelle	Fehrbelliner Straße 31	16816	Neuruppin			24.10.2017 (B/F)	
30.	Stadt Nauen	Stadtverwaltung	Rathausplatz 1	14641	Nauen	07.11.2017 (B/F)			
31.	Stadt Oranienburg	Stadtverwaltung	Postfach 100143	16501	Oranienburg				
32.	Wasser- und Bodenverband „Schnelle Havel“		Mittelstraße 12	16559	Liebenwalde			16.10.2017 (B/F)	
33.	Zweckverband Kremmen		Oranienburger Weg/Kläranlage	16766	Kremmen		eMail vom 11.01.2018 (B)		
34.	50Hertz Transmission GmbH	Netzbetrieb	Heidesstraße 2	10557	Berlin			16.10.2017 (B) 16.10.2017 (F)	

## 2.2 Abwägung der Anregungen bzw. Hinweise aus den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Flächennutzungsplanes

### Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege, Gebietsbodendenkmalpflege Nr. lt. Liste TÖB 4, Schreiben vom 17.10.2017 (B/F)

<p><b>Inhalt der Stellungnahme</b></p> <p>zu o.g. Planungen haben wir bereits mit Schreiben vom 10.3.2017 Stellung genommen. Hinsichtlich bodendenkmalpflegerischer Belange gibt es seitdem keine neuen Erkenntnisse, die die o.g. Planungen in ihrer jetzigen Fassung berühren würden. Somit besitzt unsere Stellungnahme vom 10.3.2017 weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p>Der Hinweis wurde mit folgendem Ergebnis geprüft:</p> <p><b>Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege/ Archäologisches Landesmuseum</b> teilte zum Vorentwurf der vorliegenden Bauleitplanung mit Schreiben vom 10.03.2017 mit:</p> <p>„Im Bereich der oben genannten Planungen sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Als brandenburgische Fachbehörde für Bodendenkmale weisen wir allerdings darauf hin, dass nach dem „Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24.Mai 2004“ (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) trotzdem folgende Verpflichtungen bestehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sollten bei Erarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</li> <li>2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</li> </ol> <p>Bauausführende sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren.“</p> <p><b>Berücksichtigung:</b> Die Hinweise sind bei der Realisierung von Vorhaben im Plangebiet entsprechend zu beachten. Sie waren bereits im Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Juli 2017 in der Begründung / Umweltbericht unter U1.b) 11.2 enthalten.</p>
---	--

### Deutsche Telekom Technik GmbH Nr. lt. Liste TÖB: 6, Schreiben vom: 07.11.2017 (F)

<p><b>Inhalt der Stellungnahme</b></p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - sind betroffen.</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Für zukünftige Erweiterungen des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns den festgesetzten Plan mit Erläuterungsbericht zu übersenden.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunftbrandenburg@telekom.de“.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <p><b>Die Deutsche Telekom Technik GmbH</b> teilte zum Vorentwurf der Bauleitplanung mit Schreiben vom 27.03.2017 mit:</p> <p>„die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt)- als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - sind betroffen.</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Für zukünftige Erweiterungen des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns den festgesetzten Plan mit Erläuterungsbericht zu übersenden.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunftbrandenburg@telekom.de“.</p>
--	--



<p>derf weiter.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Plan-auskunftbrandenburg@telekom.de“.</p>	<p>Die Hinweise sind bei der Umsetzung der Planung entsprechend zu beachten.</p> <p>Nach den §§ 6a und 10a BauGB sollen die rechtskräftigen Bauleitpläne und der wirksame Flächennutzungsplan ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.</p> <p>Eine Zusendung der abgeschlossenen Bauleitplanungen an einzelne Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise waren bereits im Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes vom Juli 2017 in der Begründung unter 6.2 enthalten.</p>
---	--

**NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für EMB Energie Mark Brandenburg GmbH Nr. lt. Liste TÖB: 7, Schreiben vom: 26.10.2017 (B/F)**

<p><b>Inhalt der Stellungnahme</b></p> <p>die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt, Auskunftsersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH &amp; Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH &amp; Co. KG.</p> <p>Im Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB.</p> <p>Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.</p> <p>Anlage Lageplan</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><u>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</u></p> <p>Im Lageplan, der der Stellungnahme beilag, waren im Bereich des Plangebietes keine Leitungen und Anlagen des Unternehmens dargestellt.</p> <p>Die Hinweise waren bereits im Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes vom Juli 2017 in der Begründung unter 6.2 enthalten.</p>
---	---

**Kreishandwerkerschaft Oberhavel Nr. lt. Liste TÖB: 16, Schreiben vom: 24.11.2017 (B/F)**

<p><b>Inhalt der Stellungnahme</b></p> <p>seitens der Kreishandwerkerschaft Oberhavel bestehen gegen den o.g. Bebauungsplan Nr. 58 der Stadt Kremmen „Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg“ keine Einwände oder Bedenken.</p> <p>Diese Erklärung gilt nur unter der Voraussetzung, dass bestehendes Handwerk/ Gewerbe, für das bereits eine genehmigte gewerbliche Nutzung vorliegt, keine Be- bzw. Einschränkungen oder gar Rückbauforderungen erfährt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><u>Die Hinweise wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:</u></p> <p>Aus der vorliegenden Planung ergeben sich für bestehendes Gewerbe/ Handwerk außerhalb des Plangebietes keine Be- bzw. Einschränkungen oder Rückbauforderungen.</p>
--	--

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg Nr. lt. Liste TÖB: 18, Schreiben vom: 19.10.2017 (F)

Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 13. März 2017 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.	<p>Die Hinweise wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:</p> <p>Das <b>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe</b> teilte zum Vorentwurf der vorliegenden Bauleitplanung mit Schreiben vom 13.03.2017 mit:</p> <p>"im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung / Vorhaben wie folgt:</p> <p><b>B Stellungnahme</b></p> <p>Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.</p> <p><b>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können</b></p> <p>Keine</p> <p><b>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands</b></p> <p>Keine</p> <p><b>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</b></p> <p><b>Geologie:</b></p> <p>Auskünfte zur Geologie können über das Archiv des LBGR angefragt werden. Zudem wird auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht gemäß §§ 3, 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 des Lagerstättengesetzes hingewiesen."</p> <p>Die Hinweise waren bereits im Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes vom Juli 2017 in der Begründung unter 6.2 enthalten.</p>

Landesamt für Umwelt Nr. lt. Liste TÖB: 21, Schreiben vom: 16.11.2017 (F)

Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
<p><b>Immissionsschutz</b></p> <p>Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 BauGB zu o.g. (Vor-) Entwurf zuletzt mit Schreiben vom 12.03.2017 bereits eine Stellungnahme abgegeben. Zum jetzigen o.g. Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken.</p> <p>Ergänzend geben wir Ihnen folgenden Hinweis: Laut Aktenlage ist uns im Bereich o. g. Planes eine stillgelegte Kläranlage bekannt. Antragsteller war damals der Abwasserzweckverband Kremmen. Daher sollte überprüft werden, ob eine Altlast vorliegt.</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Das <b>Landesamt für Umwelt</b> teilte zum Vorentwurf der vorliegenden Bauleitplanung mit Schreiben vom 23.03.2017 u. a. mit:</p> <p><b>"Immissionsschutz</b></p> <p>Zu o.g. Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken."</p> <p>Der Hinweis wurde mit folgendem Ergebnis geprüft:</p> <p>Auf telefonische Nachfrage beim Zweckverband Kremmen (11.01.2018, Herr Lange) wurde mitgeteilt, dass es sich um eine oberirdische Containerkläranlage aus 2 Containern handelte, die vorübergehend bis zum Anschluss des OT Hohenbruch an die zentrale Schutzwasserkanalisation genutzt worden war. Die Container wurden zurückgebaut. Im Plangebiet sind noch 2 geschlossene Abwassersammelgruben vorhanden, die im Zuge der Umsetzung der Planung rückzubauen sind. Die gesetzlichen Regelungen zum Bodenschutz und zur Abfallbeseitigung sind zu beachten.</p> <p>Der <b>Landkreis Oberhavel</b> teilte zum Vorentwurf der Bauleitplanung mit Schreiben vom 21.04.2017 mit:</p> <p><b>"2. Belange der unteren Bodenschutzbehörde / Abfallwirtschaftsbehörde</b></p> <p>(...) Der o. g. Flächenbereich ist nicht im Altlastenkataster des Landkreises Oberhavel als Altlast / Altlastenverdachtsfläche registriert."</p>

<p><b>Grundsätzliche Hinweise LfU Referat W 13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren)</b> Das Referat W 13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung \ zu genanntem Flächennutzungsplan zuletzt mit Schreiben vom 15.03.2017 eine Stellungnahme abgegeben. Die Gesamtstellungnahme des LfU wurde Ihnen mit Schreiben vom 23.03.2017 übergeben. Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt: Der Hinweis bezieht sich vermutlich, wie im Betreff angegeben, auf die Stellungnahme zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Zur parallel erfolgenden Änderung des Flächennutzungsplanes wurde durch das LfU eine gesonderte Stellungnahme abgegeben.  Das <b>Landesamt für Umwelt</b> teilte zum Vorentwurf der vorliegenden Bauleitplanung mit Schreiben vom 23.03.2017 u. a. mit:  "Wasserwirtschaft <b>Grundsätzliche Hinweise LfU Referat W 13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren)</b> (...) Das Plangebiet grenzt im Norden an den Hohenbrucher Südgraben, ein Gewässer II. Ordnung: Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Wir weisen darauf hin, dass der zuständige Unterhaltungsverband beteiligt werden sollte."  <u>Berücksichtigung:</u> Der <b>Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel</b> wurde zur Planung beteiligt. Mit Schreiben vom 16.10.2017 teilte der <b>Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel</b> zum Entwurf der Bauleitplanung mit: „im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der sonstigen Träger öffentlicher Belange hatte ich am 09.03.2017 eine Stellungnahme unseres Verbandes zum Bebauungsplan Nr. 58 abgegeben. Die Hinweise und Forderungen unseres Verbandes wurden in den aktuell vorliegenden Bebauungsplanentwurf eingearbeitet. Die Belange unseres Verbandes werden somit berücksichtigt, mit weiteren Einwendungen oder Hinweisen ist nicht zu rechnen.“</p>
--	--

**Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände Nr. lt. Liste TÖB: 24, Schreiben vom: 22.11.2017 (B/F)**

Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
<p>vielen Dank für die Beteiligung am oben benannten Verfahren. Die Durchführung der Änderung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Kremen und die Vorhabenbezogene Bauleitplanung als Parallelverfahren dienen der zeitnahen Umsetzung des Vorhabens. Wir möchten hierbei folgenden Hinweise geben. Die Verringerung der Bodenversiegelung gegenüber den ursprünglichen Planungen wird begrüßt. Ebenso die artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen zum Anbringen von Nistmöglichkeiten für Nischenbrüter an den Gebäuden.</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt: Der Hinweis haben keine Auswirkungen auf die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes. Im Rahmen des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 werden die Hinweise wie folgt berücksichtigt:</p>
<p>Wir möchten darauf verweisen, dass sich insbesondere die westliche Hofbebauung und das Stallgebäude für das Anbringen für Schwalbennisthilfen sehr eignen würden und dies in den Planungen zu berücksichtigen ist.</p>	<p>Im Ergebnis der Begehungen zur Erfassung geschützter Arten wurden im Plangebiet keine genutzten Schwalbennester festgestellt. Demnach besteht bei Umsetzung der Planung nicht die Gefahr von Verstößen gegen Verbote gemäß §44(1) BNatSchG in Bezug auch den Artenschutz von Schwalben. Da die Notwendigkeit der Schaffung von Ersatznistplätzen für Schwalben sich aus der Planung nicht ergibt, erfolgt im Rahmen des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes keine Festsetzung oder vertragliche Vereinbarung hierzu. Der Hinweis wird zur Berücksichtigung als Empfehlung in die Planbegründung aufgenommen.</p>

<p>In den Antragsunterlagen wird ausgeführt, dass sich im Plangebiet kein Gewässer, welches als Laichhabitat für Amphibien dienen könnte, vorhanden ist. Da sich das Vorhabensgebiet aber am Ortsrand zu einem Niedermoorstandort befindet und der angrenzende Hohenbrucher Südgraben als Wanderkorridor und als Biotopverbund bewertet wird und dort auch Amphibien nachgewiesen wurden, empfehlen wir im Zuge der Gartengestaltung des Hofumlandes, die Anlage eines Kleingewässers als Laichhabitat. Dies könnte auch zum Auffangen des Regenwassers genutzt werden.</p>	<p>Zum Zeitpunkt der durchgeführtenarterfassungen im Sommer 2015 führte der Südgraben kein Wasser. Es wurden keine Amphibien im Graben oder im Plangebiet festgestellt. Demnach besteht bei Umsetzung der Planung nicht die Gefahr von Verstößen gegen Verbote gemäß §44(1) BNatSchG in Bezug auch den Artenschutz von Amphibien. Da die Notwendigkeit der Schaffung von Ersatzlebensräumen für Amphibien sich aus der Planung nicht ergibt, erfolgt im Rahmen des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes keine Festsetzung oder vertragliche Vereinbarung hierzu. Der Hinweis wird zur Berücksichtigung als Empfehlung in die Planbegründung aufgenommen. Ergänzend zur Empfehlung der Anlage von Amphibien-Ersatzlebensräumen muss dabei sichergestellt sein, dass entsprechende künstliche Gewässer frostsicher, also mindestens 1m tief sein müssen und dass in ihnen keine Fische gehalten werden dürfen, wenn diese gutgemeinte Maßnahme nicht zu einer Falle für Amphibien werden soll.</p> <p>Der Hinweis wird zur Berücksichtigung als Empfehlung in die Planbegründung aufgenommen.</p>
<p>Die Anlage von Begrenzungshecken mit einheimischen Gehölzen wird von uns begrüßt. Wir empfehlen auch bei der Gartenanlage die Verwendung von einheimischen Obstsorten.</p>	
<p>In den Untersuchungen wird darauf verwiesen, dass sich auf dem Grundstück potenzielle Fledermausquartiere befinden, es aber keinen Artennachweis gab. Dennoch sollten weiterhin, zumindest an den Wirtschaftsgebäuden, darauf geachtet werden, dass potenzielle Sommer- oder Winterquartiere nicht verschlossen, sondern nutzbar bleiben. Einzelheiten zur Durchsetzung des Artenschutzes sollen in einem Durchführungsvorgang geregelt werden. Den Vertrag würden wir gern zu unseren Vorgangsakten nehmen. Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren.</p>	<p>Im Ergebnis der Begehungen zur Erfassung geschützter Arten wurden im Plangebiet in den zum Abriss oder Umbau vorgesehenen Gebäude keine Fledermausquartiere festgestellt. Demnach besteht bei Umsetzung der Planung nicht die Gefahr von Verstößen gegen Verbote gemäß §44(1) BNatSchG in Bezug auch den Artenschutz von Fledermäusen. Da die Notwendigkeit artenschutzrechtlicher Regelungen für Fledermäuse sich aus der Planung nicht ergibt, erfolgt im Rahmen des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes keine Festsetzung oder vertragliche Vereinbarung hierzu. Der Hinweis wird zur Berücksichtigung als Empfehlung in die Planbegründung aufgenommen. Die Im Ergebnis des Fachbeitrages Artenschutz erforderlichen Maßnahmen (Brutvögel) werden, wie in der Begründung des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ausgeführt, im Durchführungsvorgang vereinbart. Die im Durchführungsvorgang zu treffenden Vereinbarungen zu den naturschutzfachlichen Belangen sind unter <b>10. Durchführung der Planung, Durchführungsvorgang</b> in der Begründung des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zusammengefasst. Nach Abschluss des Planverfahrens werden die Planunterlagen gemäß §10a(2) BauGB auf der Webseite der Gemeinde in das Internet eingestellt und können dort von Jedermann eingesehen werden.</p>

Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
<p>wir bedanken uns für die Beteiligung gemäß § 63 BNatSchG.</p> <p>Anbei übersenden wir Ihnen die Stellungnahme unseres örtlichen Jagdverbandes Oberhavel. Dieser Stellungnahme schließen wir uns inhaltlich im vollen Umfang an.</p> <p><b>Stellungnahme</b></p> <p>Die Bebauung soll direkt im südöstlichen Anschluss des Ortskernes von Höhenbruch erfolgen. Dem kann zugestimmt werden unter der Voraussetzung, dass um diese Erweiterung eine Heckenbepflanzung mit fruchttragenden regionalen Gehölzen wie Sambucus nigra, Prunus spinosa, Crataegus monogyna und Pyracantha sowie anderen erfolgt, die der heimischen Tier und Vogelwelt Deckung und Nahrung bieten.</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Zur Berücksichtigung eines entsprechenden Hinweises des Landkreises Oberhavel, untere Naturschutzbehörde, zum Entwurf des parallel in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird die Artenliste aus dem gemeinsamen Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur „Sicherung gebietsheimischer Herkunft bei der Pflanzung von Gehölzen in der freien Natur“ (2013) in die Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes übernommen.</p> <p>Im Durchführungsvertrag soll hierzu vereinbart werden:</p> <p><i>Die als Ausgleich nach dem Naturschutzrecht zu pflanzenden standortgerechten heimischen Gehölze müssen der Artenliste des gemeinsamen Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur „Sicherung gebietsheimischer Herkunft bei der Pflanzung von Gehölzen in der freien Natur“ (2013) entsprechen. Im Plangebiet sind mindestens 5 der hier aufgeführten Arten zu verwenden. (Es folgt die Liste, siehe unter 1.3 dieser Abwägung)“</i></p> <p>Von den in der Stellungnahme vorgeschlagenen Arten entsprechend folgende der o. g. Artenliste:</p> <p>Sambucus nigra Schwarzer Holunder</p> <p>Crataegus monogyna Eingrifflicher Weißdorn (Der Eingriffliche Weißdorn ist als Feuerbrandüberträger in der Nähe von Obstbaugebieten eher nicht zu empfehlen.)</p> <p>Der Hinweis hat keine Auswirkungen auf die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes.</p>

Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
<p><b>1. Belange des Bereiches Planung</b></p> <p><b>1.1 Weiterführende Hinweise zum Bebauungsplan</b></p> <p><b>1.1.1 Hinweis</b></p> <p>Im Begründungstext S. 28 wird unter Punkt 7 "Begründung der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes" erläutert, dass die im FNP bisher im Süden des Plangebietes dargestellte Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Anlagen für Abwasser entfallen kann, da der OT Höhenbruch einschließlich des Änderungsbereiches zwischenzeitlich an die zentrale Schmutzwasserentsorgung angeschlossen wurde.</p> <p>Auf Grund der gewählten Abgrenzung des Änderungsbereiches verbleibt insofern eine nicht erforderliche "Restfläche" (Planzeichen Nr. 15.1 PlanzV). Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der vorliegenden Änderung des FNP ist in diesem Kontext zu prüfen.</p>	<p>Der Hinweis wurde mit folgendem Ergebnis geprüft:</p> <p>Die im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes entfallene Darstellung der Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Anlagen für Abwasser (Planzeichen Nr. 15.1 PlanzV) war wegen der sehr geringen Größe der Anlage (Containerkläranlage) bisher eine nicht flächengenaue Darstellung innerhalb der umgebend dargestellten Fläche für die Landwirtschaft.</p> <p>Die zwischenzeitlich rückgebaute Containerkläranlage, auf welche sich die bisherige Darstellung bezog, befand sich vollständig im Plangebiet.</p> <p>Der außerhalb des Änderungsbereiches verbliebene Darstellungsrest erfüllt keine Zweck und unterfällt wegen seiner geringen Größe nicht dem Darstellungsmaßstab des Flächennutzungsplanes. Zur Berücksichtigung des Hinweises wird der Rest der betreffenden Darstellung redaktionell auch außerhalb des Plangebietes entfernt, sodass auch hier, entsprechend dem Bestand, Fläche für die Landwirtschaft dargestellt wird.</p> <p>Da es sich hierbei nicht um eine sachliche Änderung des Flächennutzungsplanes außerhalb des Änderungsbereiches handelt, ist eine Änderung des Änderungsbereiches hierfür nicht erforderlich.</p>

<b>2. Belange der unteren Naturschutzbehörde</b> <b>2.1 Weiterführende Hinweise</b> 2.1.1 Hinweis Die naturschutzfachlichen und -rechtlichen Belange wurden auf der Ebene des im Parallelverfahren aufgestellten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen" in der dafür erforderlichen Tiefe geklärt. Gegen die Änderung des FNP bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine Einwände.	kein Abwägungsbedarf
<b>3. Belange der unteren Wasserbehörde</b> <b>3.1 Weiterführender Hinweis</b> 3.1.1 Hinweis Das Plangebiet befindet sich in keiner Trinkwasserschutzzone. Gegen die Änderung des FNP bestehen aus wasserrechtlicher Sicht keine Einwände.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes unter U1.b) 7.2 bereits enthalten.
<b>4. Belange des Bereiches Bildung und Gebäudeverwaltung</b> <b>4.1 Weiterführender Hinweis</b> 4.1.1 Hinweis Eigentum des Landkreises Oberhavel ist von der vorliegenden Änderung des FNP nicht berührt.	kein Abwägungsbedarf

OWA GmbH Nr. lt. Liste TÖB: 28, Schreiben vom: 19.10.2017 (B/F)

<b>Inhalt der Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
In Beantwortung Ihres Schreibens vom 12.10.2017 teilen wir Ihnen mit, dass unsererseits keine Einwände zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch bestehen. Zur Trinkwasserversorgung teilen wir Ihnen mit, dass das Flurstück 508 (Döringsbrücker Weg 1) über einen Trinkwasseranschluss verfügt. Der Anschluss weiterer Objekte an das Leitungsnetz der Straße Dorfkern ist auf Antrag möglich. Die Löschwasserversorgung ist gemäß DVGW- Arbeitsblatt W 405 kurzzeit bis zu einer Höhe von 48 m³/h über einen Zeitraum von zwei Stunden über Unterflurhydranten des öffentlichen Netzes gewährleistet.	Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt: Die Hinweise werden in die Begründung der Bauleitplanung übernommen. Sie sind entsprechend zu beachten.

**Zweckverband Kremen** Nr. lt. Liste TÖB: 33, Schreiben vom: eMail vom 11.01.2018 (B)

<b>Inhalt der Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
anbei ein Ausschnitt der Schmutzwasserleitung im Bereich des Bebauungsplans Anlage: Lageplan	Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt: der eMail lag ein unvermaßter Lageplan bei, auf dem das HPW Hohenbruch am Döringsbrücker Weg sowie eine hiervon ausgehende Leitung dargestellt waren. Die Leitung querte das Plangebiet von Süd nach Nord. Auf telefonische Rückfrage beim Zweckverband Kremen wurde mitgeteilt, dass die Leitung von einem privaten Betreiber übernommen worden war und die Lage der Leitung nicht genau bekannt ist. Es handelt sich nach Auskunft des Zweckverbandes um die Hauptentsorgungsleitung des OT Hohenbruch. Durch den Zweckverband wird kurzfristig eine Suchschachtung erfolgen, um die genaue Lage und Tiefe der Leitung festzustellen. Die Funktionsfähigkeit der Schmutzwasserentsorgungsleitung ist bei Umsetzung des Planvorhabens zu gewährleisten.